



Kleine Zeitung zum 1. Mai

herausgegeben von
Trambahnfahrern und anderen Beschäftigten
bei der MVG/SWM,
die sich der revolutionären Front
angeschlossen haben.



Auf die Straße für unsere Forderungen

1. MAI

9.45 Uhr Ex-DGB-Haus

Schwanthalerstr. 64

Zur letzten Tarifrunde im November 2020 schrieben wir:

Kann es irgendjemand von uns wollen, dass ein Teil von uns schlechter bezahlt wird und sich als „Arbeiter zweiter Klasse“ sieht?

NEIN. Deswegen muss der schlechtere TV MVG in den TV N Bayern zurückgeführt werden.

Kann es irgendjemand von uns wollen, dass wir weiterhin ein Einzelfrei haben, weiterhin extrem hohe Arbeitsbelastung haben, immer mehr entnervt werden?

NEIN. Nicht bei der MVG, nicht bei der SWM, nicht bei der Post, nicht in der Klinik oder wo auch immer. Deswegen ist die Forderung in der Tarifrunde TV N - Bayern/TV MVG nach der 35-Stunden-Woche (also 7 Stunden an 5 Tagen, zwei freie Tage in der Woche) bei der SWM und MVG richtig, der Streik dafür richtig und ein Zeichen für alle Arbeiter, egal in welcher Branche.“

Das war im November letzten Jahres. Inzwischen liegt noch mehr Lockdownzeit hinter uns. Und uns wird immer klarer, die Krise ist ein Milliardenengewinn und zwar für einige Wenige. Nein, wir meinen nicht die Impfmittel und Testhersteller, auch nicht die Maskendeals diverser Parteien.

Das sind nur Peanuts - kleine Nüsse, über die wir uns echauffieren und das große Fressen übersehen sollen.

Beispielsweise hat BMW im ersten Quartal 2021 mehr Autos verkauft als jemals zuvor in einem ersten Jahresquartal. Und die Arbeiter dort, was werden sie bekommen?

Daimler hat im Corona-Jahr 2020 einen Gewinn von vier Milliarden Euro erzielt. Sie konnten ihn um knapp hundert Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern. Und die Arbeiter dort, was bekommen sie?

Im Coronajahr schreibt die Deutsche Bank ihren ersten Jahresgewinn seit 2014. Nicht nur das, er ist doppelt so hoch, wie sie ihn erwartet hatte.

Diese drei Beispiele zeigen, wie es der deutschen Wirtschaft geht.

Wie ist es bei uns? Was bekommen wir?

Sicherlich nichts, wenn wir es nicht einfordern. Doch halt: „Seit November letzten Jahres ist doch alles noch viel schlimmer geworden. Das Geld ist weg und da könnt ihr doch nicht ernsthaft auch noch etwas fordern!“ so schallt es uns täglich entgegen. Und was machen wir? Was machst Du, Kollegin? Und was machst Du, Kollege?

Heute gilt es genauso:

„Kann es irgendjemand wollen, dass wir uns diese beiden zentralen Forderungen abkaufen lassen für ein bisschen mehr Lohn oder Prämien?“

NEIN. Deswegen: **KEIN ABSCHLUSS OHNE einen klar festgelegten Fahrplan zur Rückführung des TV MVG in den TV N Bayern, OHNE Arbeitszeitverkürzung.“**

Kommt dafür zum

1. Mai

Wir sind dabei!

*Aktueller Stand
der Tarifrunde
auf der
Rückseite!*

*Der Kapitalismus ist schwach und ruiniert.
Es liegt an uns, ihn mit der Arbeiterbewegung
zu schlagen und zu besiegen!*

1. MAI

Wir Arbeiter bleiben

Entlassen werden die Kapitalisten.

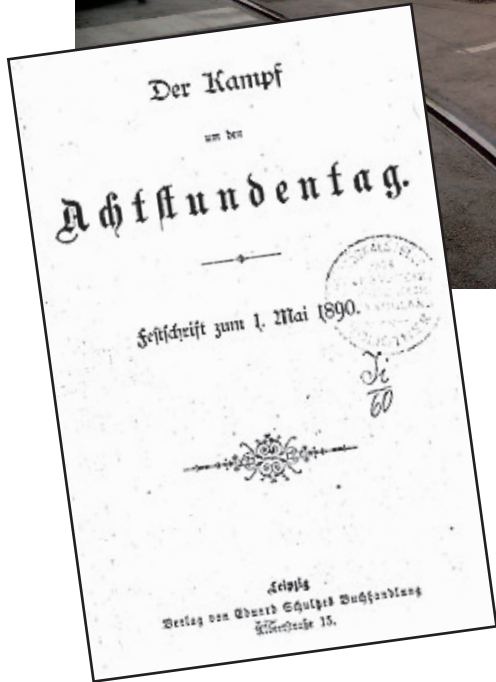


1. Mai - Internationaler
Kampftag der Arbeiterklasse
**Raus auf die Straße
Rein in den Roten Block!**

REVOLUTIONÄRE FRONT - ROTE FAHNEN SIEHT MAN BESSER
Revolutionäre Front - Rote Fahnen sieht man besser
www.revolutionaere-front.de



Warnstreik MVG Tram, Betriebshof, November 2020



Der 1. Mai war von Anfang an auch ein Tag des Kampfes für einen gesetzlichen 8-Stundentag. 130 Jahre später fordern wir den 7-Stunden-Tag.



Warum Arbeitszeitverkürzung eine notwendige Forderung ist!

Während andere Länder schon lange dem Weg in Richtung Arbeitszeit Verkürzung bei voller Lohnfortzahlung gegangen sind, ist dieses Thema in Deutschland fast noch Tabu.

Dabei handelt es sich in diesem Fall zum Beispiel um die skandinavischen Länder, die wir alle gern immer wieder als Beispiel zitieren.

In Schweden haben selbst große Konzerne wie Toyota schon lange die 35 Stunden Woche eingeführt. Und das mit stolzem Erfolg! Viele andere Unternehmen sind nachgezogen und berichten von positiven Effekten auch für die Arbeitgeber.

Norwegen, Dänemark, Holland und viele andere Länder sind mehr oder weniger in die gleiche Richtung gegangen oder bewegen sich in diese.

Währenddessen wird in Deutschland immer wieder von Verlängerung des Arbeitslebens geredet und an der 40-Stunden-Woche festgehalten. Und das mit Argumenten, die sich schon längst als haltlos erwiesen haben. Viele Menschen denken, dass es gerade

in einer Zeit wie dieser unangemessen sei, darüber zu reden. Wir argumentieren dagegen, dass man gerade jetzt dem Thema offen gegenüberstehen kann und soll.

Letztendlich würden alle davon profitieren. Studien haben schon lange bewiesen, dass die Lebensqualität der Angestellten und deren Zufriedenheit steigen. Im Umkehrschluss bedeutet dies höhere Produktivität, niedrigere Fehlerquoten und deutlich weniger Krankheitstage, was der Arbeitgeber-Seite zugutekommen würde. Die fehlenden Stunden würden dann von neuen Arbeitnehmern geleistet, wovon dann der Staat profitiere: weniger Arbeitslose verursachen weniger soziale Kosten, was man auch wieder den Unternehmen weitergeben könnte und deren Konnektivität steigern würde.

Die gewonnene Freizeit für Arbeitnehmer würde zudem auch die Kaufkraft und somit die Wirtschaft ankurbeln.

Geschichtlich gesehen, ist es schon immer das Ziel der Arbeiter gewesen, nicht nur zu arbeiten, um zu überleben, sondern Zeit für sich und die Familie zu haben.

Die Last der zu leistenden Arbeit widerspiegelt sich

in den hohen Fehlerquoten und in dem Frust vieler Menschen und in deren Gesundheit.

Wenn es also an der hohen Zahl der Arbeitsstunden liegt und oft damit die Sicherheit und Gesundheit der Menschen gefährdet werden, ist es auch die logische Konsequenz, dass darüber diskutiert werden muss.

Und das ist unser Ziel bei der MVG, denn wir transportieren nicht irgendwelche Güter, sondern Menschen. Also eine besondere Verantwortung, die auch als solche betrachtet und erachtet werden sollte.

Wir danken unseren Fahrgästen und Allen, die es auch so sehen und uns jeden Tag ihr Vertrauen schenken.

A., Trambahnfahrer



**!!!Fachärztin und ver.di Aktivistin
Frau Dr. Dilay Banu Büyükkavci
aus dem Klinikum Nürnberg
droht die Ausweisung in die Türkei!!!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
hinter dem Slogan **#Banu Muss Bleiben** steht eine Solidaritätskampagne von ver.di Mittelfranken, ver.di Bayern und von deren Migrationsausschuss.

Seit Dezember 2020 treffen sich jeden Mittwoch Kolleginnen, Kollegen, Aktive aus Gesellschaft und Politik am Platz der Menschenrechte in Nürnberg zur Mahnwache, um Justiz und Politik klar zu machen: Banu muss bleiben!

Die Teilnehmerzahlen sind beachtlich, selbst nach vielen Wochen kommen regelmäßig 100 – 150 zusammen. Was musste passieren, dass eine so gewaltige Kampagne auf die Beine gestellt wurde? Blicken wir zurück.

Anlässlich der Anschläge vom 11.09.2001 auf das World Trade Center wurde 2002 ein Ermächtigungsgesetz (§§ 129a;b STGB) verabschiedet welches Behörden erlaubt, Parteien, Organisationen und Gruppierungen, die des Terrors verdächtigt werden,

zu beobachten und zu verfolgen. Was hat aber Banu damit zu tun?

Banu selbst ist Mitglied in der Partei TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/ Marxistisch-Leninistisch), die in Deutschland und Europa zwar erlaubt ist, aber in der Türkei durch Erdogan verboten worden ist. Der damalige Bundesjustizminister Heiko Maas unterschrieb 2015 eine Verfolgungsermächtigung, die Mitglieder der Partei zu beobachten und gegen sie zu ermitteln.

Im selben Jahr wurden Banu und neun weitere Mitglieder der Partei inhaftiert mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei.

In einem Mammutprozess, welcher sich über 3 Jahre hinzog und noch nicht mal die breite Masse der Öffentlichkeit erreichte, im Gegensatz zum NSU Prozess der parallel stattfand, wurde Banu zu über 3 Jahren Haft wegen nichts verurteilt, die sie mit der Zeit in der Untersuchungshaft bereits abgesessen hat. 2019 wurde Banu erneut für 3 Monate in Untersuchungshaft genommen.

Im Dezember 2020 kam dann das nächste Übel über sie. Die Ausländerbehörde in Nürnberg soll eine mögliche Ausweisung von Banu prüfen. Obwohl das Urteil immer noch nicht rechtskräftig ist, sind Justiz und Behörden in vollem Gange, an Banu ein Exempel zu statuieren.

Die Vorsitzende des Landesmigrationsausschusses ver.di Mittelfranken und Bayern, Charly Johnson, der Gewerkschaftssekretär Ulli Schneeweiss und viele weitere Aktive machen sich nun für Banu stark, bis feststeht: Banu wird bleiben.

Zusätzlich wurden Briefe an den Oberbürgermeister König der Stadt Nürnberg, Innenminister Herrmann und den derzeitigen Bundesaußenminister Heiko Maas verfasst, um politischen Druck aufzubauen, damit das Ausweisungsverfahren gegen Banu niedergelegt wird.

Es ist jetzt schon ein Justizskandal, der aber nicht mit der Ausweisung von Banu enden darf. Banu ist eine renommierte Fachärztin für Psychosomatik und Psychiatrie, nimmt aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben teil, setzt sich für Frauenrechte und vieles mehr ein.

Auch Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen könnt Euren Beitrag dazu leisten.

Seid solidarisch, sprecht darüber, informiert Euch bei euren Vertrauensleuten oder Betriebsrat. Es gibt bereits Unterschriftenlisten, die beim BR-BV, ver.di liegen und auf Eure Unterschrift warten!

Macht mit, bis letztlich feststeht #Banu Wird bleiben!!!!

K.J., MVG-Beschäftigter

**Aktuelle Infos bekommt ihr über den Newsletter von ver.di Mittelfranken:
<https://mittelfranken.verdi.de/++co++26f84992-54aa-11eb-a124-001a4a160100>**

Vielleicht habt Ihr am 17./18. März den Aktionszug mit der Kanone vorndran gesehen. Und habt Euch gefragt: Was soll das? Wir waren dabei und einer von uns war Redner. Lest, was er zu sagen hat:

Auch 150 Jahre nach der Pariser Kommune sieht man, dass ihre Ziele so erstrebenswert sind wie eh und je.

Mit ihrer Entschlossenheit und dem Bestreben, eine bessere Gesellschaft aufzubauen, tat die Kommune, was heute nahezu undenkbar scheint.

Einfach Politik mit klaren Vorgaben, so einfach, dass sie für jeden verständlich und sofort umsetzbar waren.

Die Kirche wurde vom Staat getrennt, die Nachtarbeit in den Bäckereien verboten, Gehälter der Kommune-Rat-Mitglieder auf den durchschnittlichen Arbeiterlohn begrenzt und ein Dekret erlassen, das die Übergabe von verlassenen Fabriken und Werkstätten an die Arbeiter regelte.

Und genau das müssen wir auch heute für uns verinnerlichen, wenn der nächste Konzern droht, das Land zu verlassen, wenn der Staat es wagen würde, sie zu besteuern oder ähnliches.

Wir brauchen keine Fabrikbesitzer, denn die Fabriken gehören uns!

Wir, die Arbeiter haben sie gebaut und wir arbeiten in ihnen. Wir brauchen niemanden, der uns sagt, wie wir arbeiten müssen. Wir tun es bereits!

Wir brauchen keine Hauseigentümer, wir haben die Häuser gebaut und wir können sie auch instandhalten.

Wir liefern die Post aus, wir fahren die Busse und Züge, wir bauen die Autos, die Schienen und Maschinen. Das ganze Land ist aufgebaut von Arbeitern und wird von ihnen am Laufen gehalten und deshalb muss es auch von Arbeitern regiert werden!

Nach 72 Tagen haben die Kapitalisten mit einem so grausamen Vorgehen die Kommune niedergeschossen, da sie wussten, wenn diese Diktatur des Proletariats sich voll entfalten würde, sie den Kampf um ihre Herrschaft dauerhaft verlieren würden.

Sie haben ihn gewonnen und seitdem ihre Weltanschauung fest verankert.

Doch das Proletariat erhebt sich wieder und die Fehler von einst, werden uns den Sieg der Zukunft ebnen.

Es lebe die Kommune,

Es lebe die Revolution!

R.B., Tambahnfahrer



**Mach
mit,
melde
dich bei
uns:**



0171-4897331

wirwerdensiegen@mailbox.org

f Revolutionäre Front - München

www.revolutionaere-front-muenchen.com

Wissen ist Macht!

Wie kommt unser Lohn zustande? Was ist das besondere an unserer Arbeitskraft? Woher kommt der Reichtum der Fabrikbesitzer? All das lernt man im dem Land der Fabrikbesitzer natürlich nicht in der Schule. Aber bei uns. Ein erster Seminartag anhand einer kleinen Schrift von Karl Marx hat voll eingeschlagen, deswegen bieten wir einen weiteren an. Wer mitmachen will, kann sich bei uns melden!

Zum aktuellen Stand der Tarifrunde:

Die Tarifkommission TV N hat die beschlossene Forderung 35 Stundenwoche und Überführung des TV MVG in den TV N fallengelassen und stattdessen die Übernahme des Ergebnisses im Öffentlichen Dienst angeboten. Dem hat sich leider die Tarifkommission des TV MVG angeschlossen. Wir bedauern das entschieden. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Forderung weiterhin in die Öffentlichkeit tragen und uns für ihre Durchsetzung organisieren.